

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 18. März 1916.

Wichtige Entscheidung für die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer.

Die Hinterbliebenen eines verstorbenen Kriegsteilnehmers erhalten nach dessen Tode die Hinterbliebenenrente, außerdem noch drei Monate lang die bisherige Familienunterstützung. Wird die Hinterbliebenenrente nicht rechtzeitig gewährt, so muß bis zur Auszahlung dieser Rente die Familienunterstützung weitergewährt werden. Die über die drei Monate nach dem Tode des Kriegsteilnehmers gezahlte Reichsunterstützung ist nach den bestehenden Bestimmungen an die Hinterbliebenenrente aufzurechnen; nicht aber die freiwillig geleistete kommunale Unterstützung, da nach § 850 der Zivilprozessordnung die Witwen- und Waisenrenten unpfändbar sind. Diesen Standpunkt vertritt auch das hiesige Ministerium, und in einer Klage der Witwe M. in Buer hat das dortige Amtsgericht die Stadt Buer verurteilt, die gepfändete Rente im Betrage von 130,43 Mark an die Witwe M. zurückzugeben.

Da diese Städte die Pfändung der Rente vornehmen, ist den Witwen zu empfehlen, nach den Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung im Verwaltungsweg gegen eine Pfändung Einspruch zu erheben. Wird dem Einspruch nicht stattgegeben, muß Klage erfolgen.

Saat-Grüßkartoffeln. Die Preise für die Lieferbaren Saat-Grüßkartoffeln sind wie folgt festgesetzt: Frühe Rosen 10 Mk., Odenwälder Blume 11 Mk. und Kaiserfrone 12 Mk. der Zentner. Die Kartoffeln müssen abgeholet werden, wo und wann, wird noch von der Stadt bekanntgegeben.

Für die Kriegswirtschaftsbesitzer. Die Träger der Invalidenversicherung, Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten im Jahre 1914 im ganzen 7 837 784 Mark aufgewendet. Für das Jahr 1915 beziffert sich diese Aufwendungen nach einer vorläufigen Uebersicht auf 19 587 120 Mark, so daß sich für die beiden Jahre ein Gesamtbeitrag von 27,4 Millionen Mark ergibt. An Ertragsanteilen an die Hinterbliebenen Gefallener wurden bisher 8 600 001 Mk. gewährt.

Eisenbahn und Kriegsschädigte. Die Staatsbahnverwaltung hat in der Frankfurter Eisenbahndirektionskassette besondere Lehrwerkstätten eingerichtet, in denen Kriegsschädigte für ihren Beruf vorbereitet werden. Die Einrichtung ist für Angehörige der Eisenbahnverwaltung und für Söhne von Angehörigen bestimmt.

Im Osterrod. Die zahlreichen Frauen, die auf der Frankfurter Wiesbadener Straße als Streckenarbeiterinnen beschäftigt sind, erhielten dieser Tage eine einheitliche Dienstkleidung. Sie tragen während der Ausübung ihres Dienstes Eisenbahnmäntel, ein blaues Gewand und Pumphosen. Die Kleidung hat sich bis jetzt als recht praktisch bewährt.

Residenz-Theater. Auf den am Montag um 8 Uhr stattfindenden Wiederabend der Königl. Sängerin Birgit Engel wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Die hier so beliebte Künstlerin wird Lieder von Beethoven, Mendelssohn, Hugo Wolf, Arthur Schöber, Hans Richter und Richard Strauss zum Vortrag bringen. Die Begleitung hat Herr Otto Rals (Berlin), einer unserer besten Begleiter zum Gesang, übernommen. Als Volksvorstellung zu kleinen Preisen wird am nächsten Freitag Erich Kästners sentimentale Komödie „Die einsamen Brüder“ gegeben, der Vorverkauf beginnt am Montag.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Schierstein, 18. März. (Die Gemeindevertreterwahl) für die dritte Klasse findet am Montag abends von 6 bis 8 Uhr statt. Obwohl unter dem Zeichen des Bürgerfriedens gewählt wird, ist es doch Pflicht eines jeden Wählers, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen, nicht nur aus prinzipiellen Gründen, sondern auch als Vertrauenskundgebung. Es wird nach den alten Listen von 1914 gewählt. Die Wahlzeit ist sehr günstig. Darum übe jeder sein Wahlrecht aus. Die ausscheidenden und wieder vorgeschlagenen Kandidaten sind Johann Moser, Schreiner und Fritz Roth, Dachdecker.

Kleines Feuilleton.

Neue Denkweisen.

In einem der ehrwürdigsten Kleinbürgerblätter, dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, stand im Sprechsaal am vorigen Sonntag folgende Zeile:

Wenn der Staat die Kinder braucht, warum besteht da noch die Möglichkeit der unehelichen Mutter und ihres Kindes? Diese Grausamkeit sollte doch einmal aufhören! Ich will nicht etwa der Unmoralität das Wort reden — aber unsere Sittenregeln sollte man ändern. Es ist jämmerlich, daß ein so armes Geschöpf geistig vernachlässigt wird, weil sie ein Kind hat. Und sie war doch nur Mensch und das sollte doch niemals eine Schande sein! Warum sollen die Mädchen, denen das Glück einer Ehe verweigert ist, auf ihre Bestimmung und ihr heiliges Recht, die Mutterpflicht, verzichten? Der Besitz eines Kindes allein kann die unendliche Sehnsucht stillen, die in jedem gefundenen Weibe lebt. Jeder Versuch ist doch nur ein Notbehelf — das Beste und Höchste im Leben müssen wir entdecken. Ich meine, man sollte dem Mädchen, das mit 25 Jahren nicht verheiratet ist, das Recht auf ein Kind zugehen. Doch müßte der Staat für solche Kinder einen jährlichen Erziehungsbetrag aussetzen. Vor allem aber muß die Schande von der unehelichen Mutter genommen werden! Wer hat das Recht, einen Stein zu werfen, wenn die schwache Frau einmal nicht die Härtere war? Warum bleibt an dem Rande kein Mädel, selbst dann nicht, wenn sein Körper durch Krankheiten geschädigt ist? Es geht doch nicht wunderbarlich zu in der Welt! Die Schreiberin würde sich freuen, wenn ihre Ausführungen bei einem oder dem anderen Zustimmung finden würden. Ein Mädchen, das Mutter ist, kann moralisch höher stehen als manche Ehefrau. Denn nicht jede Ehe ist sittlich.

Am letzten Sonntag haben einige alte Kanten mit der neuen moralischen Entrüstung gegen die Zeitschrift Stellung genommen, aber die Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers“ mußte hinzufügen, daß zu ihrer großen Überraschung die gewaltige Mehrheit der Zuschriften sich im Sinne der Anregungen von Schwester M. ausgesprochen habe. Und dabei handelt es sich, wie wir wiederholen, um ein Blatt, dessen Leserschaft ausschließlich von den allerrückständigsten Preisen des Kleinbürgertums gebildet wird. Von den deutschen Zeitungen hat, soviel wir sehen, bisher nur die „Völkische Zeitung“ gegen die Forderung Stellung genommen,

Weshen, 18. März. (Aus der Gemeinde.) Die Gegenstände zwischen Bandwirten, Beamten und Arbeitern sind in unserer Gemeinde so stark, daß davon auch der Krieg mit seiner Bürgerfriedensidee nichts ändert. Wenn dieses Verhältnis in politischer Beziehung bestehen bleibt, muß dieses begründet werden, da nur durch ehrlichen politischen Kampf die Geister geklärt und geschieden werden. Wenn jedoch, wie das in unserem Ort geschieht, der Kampf auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertrugen wird, dann muß dieses Verholten hoch und Juchheiß sein. Da fallen denn gegenseitig Verwünschungen aller Art, was sicher vermieden werden könnte, wenn jeder Stand seine Lage richtig erkannte. Der hiesige Bandwirt muß einsehen lernen, daß er nicht der Bauer von Ölpfeulen ist und, wenn er nicht arbeitet wie ein Feind, zum Herbst seine Rechnung nicht findet, genau so wie der Arbeiter, der in Wind und Wetter oder in hitziger Jagdflucht den Unterhalt für die Seinen schafft. Warum also der Streit und Haß? Warum kann man im Orte von niemand Butter oder dergleichen bekommen? Warum gibt man die landwirtschaftlichen Produkte lieber nach auswärt? Also etwas mehr Verständnis in dieser großen Zeit, wo doch die Arbeiter draußen in den Schützengräben stehen und den anderen Haus, Hof und Fluren schützen!

Weshen, 18. März. (Von der Vertreterwahl.) Es wurde an dieser Stelle schon auf das Wahlergebnis der dritten Klasse hingewiesen. Wenn auch, wie man sagt, unser Genosse Bechtel nichts von der „Gewinn“ versteht, so scheint er doch sonst etwas zu verstehen. Wie anders ließe sich sonst die große Stimmenmehrheit erklären? Im ersten Wahlgang ist Genosse Bechtel gewählt worden. Etwas müssen unsere Genossen im Schützengraben noch wissen. Vor zwei Jahren wurde hier der Bandwirt Groß als Erbsmann in der zweiten Klasse gewählt, der nun zur Neuwahl stand. Groß rückte am ersten Mobilisierungstage ein, hatte also keine Gelegenheit, sich weiter als Gemeindepolitiker betätigen oder unbeliebt zu machen. Der Präsident des Kriegerevereins, Gerichtsvollzieher Schröder, landidierte gegen diesen Krieger, hatte auch Glück, mit Hilfe der Beamten gewählt zu werden. Kommentar überflüssig! In der ersten Klasse wurde der Handelsmann S. Kassauer wiedergewählt und an Stelle des Bandwirts Witt Herr Maurermeister Th. Kaufmann neugewählt.

Aus den umliegenden Kreisen.

Staatliche Subvention für Schweinemastanstalten in Hessen.

Die aus dem hiesigen Landtage mitgeteilt wird, beschließt die Regierung, im Landtag einen Betrag von 200 000 Mark anzufragen zur Unterstützung von Schweinemastanstalten im Lande. Zur Steigerung der herrschenden Fleischnot war an den Kellertentat (Seniorententent) der zweiten Kammer des Landtages die Anregung gekommen, im Anschluß an die Provinzial-Heilanstalt Oppenheim eine Viehmasterei zu errichten. Die Regierung wird davon absehen, eigene Anstalten zu errichten, will aber den Gemeinden, die Schweinemastanstalten zu errichten beabsichtigen, finanzielle Unterstützung gewähren. Allen Privaten sollen unter bestimmten Voraussetzungen Annehmungen gemacht werden. Es ist bestimmt zu erwarten, daß die größeren Städte mit der Errichtung dergleichen Anstalten voran gehen werden. Eine entsprechende Regierungsvorlage soll dem Landtage alsbald zugehen.

Hessischer Landtag.

Zweite Kammer.

Darmstadt, 17. März. Die Spezialberatung des Budgets begann beim Domänenrat. Staatsrat Wilbrandt referierte nochmals die Ansätze der Regierung für den Haushaltsvertrag gegenüber der vom Ausschuss vorgenommenen Erhöhung dieser Ansätze um 200 000 Mark. Nach kurzer Debatte, an der sich auch Genosse Haack beteiligte, wurde dieser Etat angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, da in dem Etat auch die Rücklage des Großherzogs (1 410 000 Mark) enthalten ist. Beim Eisenbahnetat besprach eingehend Abg. Deusch (Forstsch. Bpt.) die finanzielle Seite der Eisenbahngemeinschaft. In allen Betrachtungen vergesse man den außerordentlichen Gewinn, der bei der Ver-

staatlichung der Ludwigsbahn gemacht wurde. Seit Bestehen der Eisenbahngemeinschaft sind rund 100 Millionen Mark Eisenbahnschulden für uns erwachsen, meist durch Ergänzungsbauten, die wir gewiß nicht gemacht hätten in anderer Lage. Dergleichen haben wir gar keine Rente aus der Eisenbahn; die Einnahmen decken noch nicht einmal die Zinsen. Darum sei der gestern vom Abgeordneten Ulrich gemachte Vorschlag beachtenswert. Nach Ausführungen des Ministerpräsidenten Dr. Becker wurden die Einnahmen mit 17 255 000 Mark und die Ausgaben mit 263 000 Mark dieses Etats aufgeführt, ebenso der Vorkredit (Ueberschuß 574 880 Mark), der Etat der Landstände (Einnahmen 80 Mark, Ausgaben 153 370 Mark). Es folgte der Etat des Staatsministeriums. Abg. Dr. Cjann (nail.) führte aus, die Regierung solle ein Augenmerk darauf haben, welche Stellen nach dem Kriege infolge der jetzt gemachten Erfahrungen entbehrlich werden könnten. Die Tätigkeit mancher Beamten ist doch recht erheblich zurückgegangen. Im Ausschuss ist schon beantragt, an die Regierung das Ersuchen zu richten, daß nach dem Kriege beim großherzoglichen Hofe Gelehrte auswärtiger Mächte nicht mehr zugelassen werden. Hier handelt es sich wesentlich um England und Frankreich. Staatsminister v. Ewald erklärte: Vom Abgeordneten Ulrich kam gestern die Anfrage an mich, ob wir nicht nach dem Kriege die Pluralstimme für die Wähler über 50 Jahre abschaffen wollten. Ich kann nicht anerkennen, daß das Pluralwahlrecht, das dem höheren Alter ein größeres Gewicht verleiht, von einer politischen Tendenz geleitet sei. Ich kann Ulrich ein dahingehendes Versprechen nicht geben. Herr Cjann sollte erwägen, daß der Krieg mit seinen abnormen Verhältnissen nicht wohl eine Unterlage dafür bietet, wo Beamtenstellen etwas überflüssig werden. Abg. Kellung (Sag.) führte aus: Was die Ansätze des Staatsministeriums wegen des Pluralwahlrechts anlangt, so muß darauf hingewiesen werden, daß doch hier vom Regierungssitz das Wort vom Umlernen kam. Wenn der Minister behaupten will, daß die Pluralstimme für die fünfzigjährigen keine politische Tendenz habe, so verzicht er ganz, daß diese Pluralstimme hier im Hause zurzeit wurde von Führern der Nationalen und des Zentrums, die sie angeblich dem Bauernstand konzedierten. Der Etat des Staatsministeriums in seinen sämtlichen Kapiteln wurde dann einstimmig genehmigt und die Weiterberatung des Budgets auf nächsten Dienstag vertagt.

Domersheim, 17. März. (Gemeindevertreterwahl.) Bei der am Dienstag stattgefundenen Ersatzwahl der 3. Klasse zur Gemeindevertretung wurde Genosse Theodor Schmidt gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Mit dem Genossen Schmidt zieht der erste Sozialdemokrat in die Gemeindevertretung ein. In der 2. Klasse wurden Metallprobierer Peter Riß und Landwirt Heinrich Wehrheim, in der 1. Klasse Nikolaus Euler wiedergewählt.

Dorfheim i. L., 18. März. (Ertrunken.) Beim Spielen am Schwarzbach stürzte der vierjährige Sohn der Witwe Maier in das Wasser und wurde, da Hilfe nicht zur Stelle war, von den Fluten fortgerissen. Die Leiche wurde bei Kriftel gelandet.

Griesheim, 18. März. (Gemeindevertreterwahl.) Am Dienstag den 21. März, mittags 1 bis 7 Uhr, finden die Wahlen der dritten Klasse statt. Die zweite Klasse wählt am Mittwoch den 22. März, mittags von 1 bis 3 Uhr, die erste Klasse von 4 bis 5 Uhr. Am Montag findet daher abends 1/9 Uhr eine Mitabstimmung der Sozialdemokratischen Verein im „Deutschen Kaiser“ statt. Guter Besuch ist erwünscht.

Mainz, 18. März. (Nach dem Verwaltungs-Richtungsbericht für 1914/15.) belaufen sich die Einnahmen der Stadt auf 17 817 204 Mark, die Ausgaben auf 18 870 244 Mark. Es bleibt ein Reiterüberschuß von 484 464 Mark. In der Vermögensrechnung blieben bei 8 800 935 Mark Ausgaben und 1 893 363 Mark Einnahmen 4 907 574 Mark durch Kapitalaufnahme zu decken. Den Gesamtschulden der Stadt in Höhe von 56 888 419 Mark steht ein Gesamtvermögen von 96 383 625 Mark gegenüber. Die städtische Sparkasse besitzt ein Sondervermögen von 4 846 085 Mark.

Niederanla, 18. März. (Totgeschlagener.) Im nahen Hattenbach wurde der Knecht des Gutsbesizers Pape von einem Pferde gegen den Leib geschlagen und getötet.

Wieslar, 18. März. (Tödlicher Unfall.) Auf der Sophienhöhe wurde gestern die 16jährige Arbeiterin Weber aus Hermannstein, als sie die Bahnsteige überquerte, von einem Fuhrer erfaßt und getötet.

Segen, den göttliche Heimsuchungen vermitteln. Er ist die Feuerprobe für die Liebhaber Gottes, und wir lagen mit Stolz und Bewunderung, daß Tausende sie zu ihrem Segen bestanden haben und geküßt und gereinigt und gebessert und veredelt und geheiligt daraus hervorgegangen sind.

Was der eine Bischof sieht, erkennt der andere als Sohn! Denn das „Aufwachen und Aufblühen neuer Werke und Unternehmungen in der Kraft gewaltiger Tatkraft und emigen Fleißes“ nennen eben die, die den Krieg segnen — Kulturfortschritt! Na, es ist eine seltsame Verwirrung, die der Krieg, den der Papst verdammt und der Weibsbischof Walz segnet, in den kirchlichen Köpfen angerichtet hat...

Ein Brief aus der Feste Douaumont.

Eine Vorstellung von dem Leben der deutschen Besatzung in der Feste Douaumont gibt folgender an die Deutsche Dichtergesellschaft-Stiftung in Hamburg-Großhörn gerichteter Brief: Feste Douaumont (Verdun), 7. 3. 1916.

Sehr verehrter Herr! Die mit Sehnen ermartete „Schützengraben-Bücherei“ ist hier eingetroffen und jubelnd begrüßt worden. Vor zehn Tagen eroberte unser Bataillon die Feste Douaumont und hat seit dieser Zeit die ehrenvolle Aufgabe, sie sich nicht wieder entreißen zu lassen. Fünf Sechstel des Bataillons haben da stets in den Kammern zu hausen, wo nie Sonne und Mond hineinkommen. Entsetzliche Langeweile bemächtigte sich aller. Die Ankunft Ihrer Bücherei war also eine Erlösung. Die Leute kamen zu Haufen und erbaten sich Lektüre. Jetzt, wo ich diese Zeilen schreibe, sitzen sie überall in Ecken und auf Betten und auf Brettern und verschlingen die schönen gesendeten Bändchen. Sie bereiten mit diesem Geschenk große Freude. Seien Sie aller Kameraden und meines Dankes versichert.

In aller Hochachtung
... Leutnant, ... Armeekorps, ... Infanterie-Division

Weiteres.

Ueber die geforderte Fortschreibung wird in der „V. Z.“ gelauert: Sie werden sehen — mit der Post wird's genau wie mit dem Brot und der Butter.

„Es wird noch die Postkarte eingeführt werden.“

„Wissen Sie denn überhaupt, warum das Porto erhöht wird?“

